

## Gesetz über das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau

vom 26. April 2000 <sup>1)</sup>

---

### § 1

<sup>1</sup> Das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau wird als Aktiengesellschaft im Sinne von Artikel 620 des Obligationenrechtes <sup>2)</sup> betrieben.

Rechtsstellung,  
Zweck

<sup>2</sup> Die Gesellschaft trägt zu einer sicheren Elektrizitätsversorgung bei, in erster Linie durch die Versorgung von Endverteilern.

### § 2

<sup>1</sup> Der Regierungsrat vertritt das Aktienkapital des Kantons.

Aktienkapital

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann Aktien an Dritte veräussern, so lang eine kapital- und stimmenmässige Mehrheit von zwei Dritteln beim Kanton verbleibt.

<sup>3</sup> Der Grosse Rat beschliesst über den Verkauf oder Tausch von Aktien, soweit nicht der Regierungsrat zuständig ist.

### § 3

So lang die kapital- und stimmenmässige Mehrheit der Aktien dem Kanton gehört, steht der Gesellschaft das Enteignungsrecht zu.

Enteignungsrecht

### § 4

So lang die kapital- und stimmenmässige Mehrheit der Aktien dem Kanton gehört, stehen den Gemeinden und dem Kanton für den durch die Gesellschaft für Durchleitungen beanspruchten öffentlichen Grund keine Entschädigungen zu.

Entschädigung

---

<sup>1)</sup> In Kraft gesetzt auf den 1. Januar 2001.

<sup>2)</sup> SR 220

**§ 5**NOK-Gründungs-  
vertrag

Der Regierungsrat kann Änderungen oder der Auflösung des Vertrages über die Gründung der Gesellschaft der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) endgültig zustimmen, wenn diese insbesondere folgende Gegenstände betreffen:

1. Änderungen der Vertragsparteien und der Beteiligungsverhältnisse;
2. Zusammensetzung des Verwaltungsrates;
3. Veräusserungsmöglichkeiten von Aktien;
4. Verpflichtung zur Lieferung oder zum Bezug von elektrischer Energie;
5. Vorzugsrecht der NOK zum Erwerb von Konzessionen.

**§ 6**Übergangs-  
bestimmung

<sup>1</sup> Das bisherige Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau wird in die Aktiengesellschaft gemäss § 1 umgewandelt.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat führt die Umwandlung durch.

**§ 7**Änderung  
bisherigen  
Rechtes

§ 37 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch lautet neu:

<sup>1</sup> Öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten gemäss Artikel 59 Absatz 1 ZGB sind insbesondere die Gemeinden, die Versorgungs- und Bewirtschaftungskorporationen, die Thurgauer Kantonalbank, die Gebäudeversicherung des Kantons Thurgau, die Familienausgleichskasse des Kantons Thurgau, die Ausgleichskasse des Kantons Thurgau, die öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Thurgau sowie die von der öffentlichen Hand errichteten Stiftungen.

**§ 8**Aufhebung  
bisherigen  
Rechtes

Das Gesetz betreffend die Errichtung eines kantonalen Elektrizitätswerkes vom 10. November 1911 gilt mit der rechtskräftig gewordenen Umwandlung der Gesellschaft als aufgehoben <sup>1)</sup>.

**§ 9**

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

---

<sup>1)</sup> RRB vom 13. November 2001; ABI.2001, Seite 2474.